

Von Ladenetz bis Bürgerbus

Wettbewerb Initiativen aus dem ländlichen Raum erhalten für ihre Konzepte Ged vom Land.

Mit Geld von der Landesregierung können fünf Initiativen aus dem Südwesten nun ihre Ideen und Projekte für eine nachhaltige Mobilität auf dem Land umsetzen. Sie haben sich im Ideenwettbewerb „Mobilitätskonzepte im Ländlichen Raum“ durchgesetzt und erhalten nach Angaben des Wirtschaftsministeriums mehrere Zehntausend bis mehrere Hunderttausend Euro Fördergeld.

Das Geld geht unter anderem in den Raum Sigmaringen, wo ein „Bürgerladennetz“ zum Aufladen von Elektroautos entstehen soll. Dafür gibt es rund 330 000 Euro. Eine Initiative aus Pflanzgrabenweiler im Nordschwarzwald bekommt eine ähnliche Summe für ein Konzept, das mehrere Angebote wie Carsharing, Mietautos und Firmenflotten vereinen soll und dafür auch den Aspekt Ehrenamt in den Blick nimmt. Ein Gewinner-Projekt aus Renningen (Landkreis Böblingen) baut auf ein bestehendes Carsharing-Konzept auf und erhält rund 250 000 Euro.

Mit jeweils mehreren Zehntausend Euro werden zwei Bürgerbus-Projekte aus dem Kreis Calw und aus Oftersheim bei Heidelberg gefördert.

Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) hatte den Wettbewerb gemeinsam mit ihren Ressortkollegen für Verkehr und Ländlichen Raum, Winfried Hermann (Grüne) und Peter Hauk (CDU), ausgerufen. Damit sollen sowohl neue als auch bestehende Strukturen und Angebote unterstützt werden. „Damit stärken wir den ländlichen Raum nachhaltig und unterstützen außerdem unsere Automobilunternehmen vor Ort“, sagte Hoffmeister-Kraut.

Insgesamt hat die Jury aus elf eingesandten Projekten sieben Gewinner ausgewählt. Zwei davon erhalten die Förderung aber erst, wenn alle Unterlagen vollständig vorliegen. *dpa*

Corona-Pause

Europa-Park startet in die Saison

Deutschlands größter Freizeit-Park wird am 29. Mai seine Tore wieder öffnen. Das gab das Unternehmen am Freitag bekannt. Der Europa-Park in Rust nutzt damit die von der Landesregierung eröffnete Möglichkeit für einen Saisonstart kurz vor Pfingsten. „Wir haben uns auf eine Wiedereröffnung des Europa-Parks, der Übernachtungsmöglichkeiten sowie der Gastronomie in enger Absprache mit den Behörden intensiv vorbereitet“, teilt die Betreiberfamilie Mack mit. Der Schutz und die Gesundheit der Gäste und Mitarbeiter hätten höchste Priorität.

Die Parkbetreiber kündigten gezielte Maßnahmen zur Minimierung des Infektionsrisikos an. So soll die Besucherzahl mit Hilfe eines tagesbasierten Online-Ticketverkaufs begrenzt werden. In den Wartebereichen und Restaurants würden Abstände markiert und mit digitaler Technologie der Andrang entzerrt. Hinzu kämen Desinfektionsstationen. Die Reinigung und Desinfektion von Oberflächen werde intensiviert. Die Gäste würden gezielt über alle Maßnahmen und das richtige Verhalten aufgeklärt.

Ausgenommen von der Wiedereröffnung sind das Show- und Kinoprogramm sowie die neue Wasserwelt Rulantica. Man schaue aber auch hinsichtlich dieser Angebote optimistisch in die Zukunft, heißt es in der Mitteilung des Parks. *kev*

Südwesten

Hantavirus offenbar auf dem Rückzug

Die Zahl der Erkrankungen durch das sogenannte Hantavirus ist in diesem Jahr stark gesunken – nach einer deutlichen Zunahme im vergangenen Jahr. Seit Beginn dieses Jahres wurden im Südwesten 21 Hantavirus-Erkrankungen gemeldet, wie das Landesgesundheitsamt am Freitag mitteilte. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres seien es noch 168 Fälle gewesen. Als Grund für den Rückgang nannte die Behörde die schlechten Nahrungsbedingungen für Rötelmäuse. Sie sind Überträger des Virus. *dpa*

Kontakt

Region/Baden-Württemberg
Telefon: 07 11/72 05-13 11
E-Mail: baden-wuerttemberg@stzn.de

Das Sexgeschäft läuft im Privaten weiter

Beratung In Zeiten von Corona ist Prostitution verboten – nur halten sich nicht alle daran. Eine langjährige Sexarbeiterin erzählt, warum das Gewerbe nicht zu stoppen ist und wie die Mannheimer Beratungsstelle Amalie ihr Leben zum Guten verändert hat. *Von Christine Keck*

Fast täglich kommen die Sexanfragen rein. Ob man sich mal wieder sehen könnte, wollen die Männer wissen. Auf Facebook oder Whatsapp ist Katlyn Garcia, die ihren richtigen Namen lieber für sich behält, gefragt wie immer. „Die Prostitution hat sich wegen Corona ins Private hineinverlagert“, sagt die 32-Jährige mit den Glitzerfingernägeln, der eng anliegenden Gymnastikhose und dem langen Haar, das sie mit einem Tuch gebündelt hat. „Das Geschäft ist verboten, es findet aber immer noch statt“, versichert Garcia. Sie kennt etliche Sexarbeiterinnen, die es sich nicht leisten könnten, gar nichts zu verdienen.

Die Bordelle im Land sind geschlossen, der Straßenstrich ist riskant. Wer trotzdem anschaffen geht und erwischt wird, muss mit Bußgeldern von bis zu 5000 Euro rechnen. In Baden-Württemberg untersagt die Corona-Verordnung das Prostitutionsgewerbe. Viele Frauen sind in ihre Heimatländer zurückgegangen, weil sie ohne Verdienst zu Hause billiger leben. Doch manche sind so verzweifelt, dass sie trotz der Ansteckungsgefahr weitermachen. „Da gibt es Frauen, die glauben, ein bisschen Desinfektionsmittel hier und da reicht – und alles ist gut“, sagt Katlyn Garcia, die in Ludwigshafen bei Bekannten Unterschlupf gefunden. Sie hat einer Begegnung im Freien mit reichlich Abstand zugestimmt.

Ohne feste Wohnung, ohne Krankenversicherung und ohne regelmäßiges Einkommen versucht sie, sich durchzuschlagen. „Ich will gesund bleiben“, sagt sie und hat erst gar nicht angefangen, mit ihren Bekannten über Infektionsschutz zu reden. Die ignorierten alle Gefahren, weil die finanzielle Not größer sei als die Angst.

Sie erzählt von einer bulgarischen Freundin, die ihre vier Kinder in der Obhut ihrer Mutter in der Heimat gelassen habe – Kinder von unterschiedlichen Zuhältern; da müsse regelmäßig Geld nach Hause überwiesen werden. Sie habe der Freundin einen Putzjob vermitteln wollen für zehn Euro die Stunde, doch die habe lukrativere Angebote gehabt. „Ich wollte ihr in diesen schwierigen Zeiten helfen“, sagt Katlyn Garcia verärgert, „sie war mir sympathisch.“

Corona verdrängt die Prostitution von den FKK-Clubs, Bordellen und Straßenecken ins Verborgene mit noch weniger Kontrolle. Beim Geschäft in den Wohnungen müsse man aufpassen, dass Nachbarn einen nicht anzeigen, erzählt Garcia. Hotelzimmer, Autos, Parkplätze, gemietete Wohnungen – „da findet sich immer etwas“. Letztlich sei alles eine Frage des Geldes. Die Preise gingen aber zurzeit in den Keller; sie könne Frauen, die für zehn, zwanzig Euro ihre Dienste verkauften.

Der Sexflaute kann Garcia trotz der prekären Situation vieler Prostituierten auch etwas Gutes abgewinnen. Die Corona-Monate seien ein guter Zeitpunkt zum Ausstieg aus dem Sexbusiness. „Ich habe schon eine ganze Weile aufgehört“, sagt sie, „ich will nicht mehr.“ Fast eineinhalb Jahrzehnte lang tourte sie quer durch



Sich vor einer Infektion zu schützen ist für Prostituierte in Zeiten der Corona-Pandemie schlicht unmöglich.

Foto: Mauritius/pa

Deutschland, vom Paradies in Stuttgart bis zum Saunaclub in Norddeutschland, meist mit ihrer damals besten Freundin. „Die hat mich eingeführt, es fing im Industriegebiet von Hamburg mit einem fetten alten Kerl an“, erzählt Garcia.

Sie war damals 18, entschlossen, endlich auszuweichen von zu Hause, ohne Schulabschluss, ohne festes Ziel. „Ich wollte nur weg von meinem Peiniger.“ Über Jahre habe ihr Großvater sie missbraucht, oft auf einem einsamen Gartenstück, darüber geredet habe sie lange Zeit mit niemandem – „es hätte mir keiner geglaubt“. Garcia war als Teenager von ihrer Mutter nach Deutschland geholt worden, ihren leiblichen Vater kannte sie nicht, und dem deutschen Stiefvater hat sie nie vertraut. „Wo ich aufgewachsen bin, war ich die Prinzessin, hier war ich die Hölle.“

Ein zweites Zuhause, wie sie sagt, hat Garcia vor einigen Jahren in der Mannheimer Beratungsstelle Amalie gefunden. Die Einrichtung des Diakonischen Werkes bietet Prostituierten mehr als nur ein offenes Ohr. Vom gemeinsamen Gang zu den Ämtern über juristische Hilfe bis zum Besuch beim Gynäkologen, der ehrenamtlich Untersu-

chungen vornimmt, wird vieles angeboten. Für mehrere Monate durfte Katlyn Garcia in der Frauen-Wohngemeinschaft der Beratungsstelle einziehen, sie informierte sich über Ausbildungsstellen, um den Ausstieg aus der Sexarbeit zu schaffen. Jetzt hat sie 400 Euro aus Nothilfefonds der Diakonie Baden erhalten.

Ohne Hilfe von außen gelingt der Neuanfang oft nicht, das weiß Julia Wege, die Leiterin von Amalie, nur zu gut. Die Sozialarbeiterin kennt das Netz aus Abhängigkeiten und Traumatisierungen, das die Prostituierten umgibt. „Ich wünsche mir, dass keine Frau mehr im großen Maßstab ausgebeutet wird – so wie es jetzt in Deutschland stattfindet“, sagt sie. Deshalb sieht sie nur zwei Lösungswege: eine totale Kontrolle oder ein striktes Verbot der Prostitution.

Aufgrund der Pandemie haben Julia Wege und ihre Kolleginnen mehr zu tun als sonst. Alles muss virtuell oder am Telefon erledigt werden, aus Ansteckungsgründen bleiben die Türen von Amalie zu. So entfällt der direkte Kontakt zu den Frauen, der offene Treff in der Beratungsstelle einmal die Woche ist abgesagt. „Die Aufgaben werden komplexer, alles ist im Coro-

na-Sondermodus, gleichzeitig wächst die Not der Frauen“, sagt Wege. Neuerdings geht sie raus, um Pakete gefüllt mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln zu verteilen – Streetwork auf dem Strich.

Sie erzählt von neuen Klientinnen, die sich völlig verzweifelt melden, von Behörden, die nur eingeschränkt erreichbar sind. „Wir haben es trotzdem geschafft, für sieben Frauen Hilfe für Soloselbstständige zu beantragen.“ Das ist eine bürokratische Odyssee, denn die meisten Frauen hätten weder eine Meldeadresse noch ein Bankkonto. Überhaupt fehlten häufig Dokumente aller Art – von der Steuernummer bis zu Mietbescheinigungen, die die Bordellbetreiber nicht ausstellten. Die Frauen seien oft nicht angemeldet, wie es das Prostituiertenschutzgesetz vorschreibt, etliche lebten über Jahre in der Illegalität ganz ohne Dokumente. Leider habe sich an der schwierigen Situation vieler Prostituierten trotz des Gesetzes nichts geändert, bedauert Wege. Es gebe nur wenige, die ihre Arbeit selbstbestimmt ausführen könnten.

Katlyn Garcia zählt die Tage, bis Amalie wieder aufmacht und sie die Beraterinnen besuchen kann. „Da verurteilt dich niemand, da kannst du loslassen“, sagt sie über die Hilfe. „Früher habe ich schlecht über meinen Körper gedacht“, mittlerweile sei das besser geworden. Nur eines sei geblieben: der Zwang, sich alle paar Stunden unter die Dusche zu stellen. „Da wasche ich alles ab, das gibt mir neue Kraft.“



Foto: Beratungsstelle

„Die Aufgaben werden komplexer, alles ist im Corona-Sondermodus, gleichzeitig wächst die Not der Prostituierten.“

Julia Wege, Mannheimer Beratungsstelle Amalie

Die Universität mag es rätselhaft

Besetzung Wird die derzeitige Konstanzer Hochschul-Rektorin Kerstin Kriegelstein bald neue Chefin in Freiburg? *Von Heinz Siebold*

Schon zwei Mal wurde wegen der Corona-Krise die Rektorwahl an der Freiburger Universität verschoben, erst vom März auf den April, und nun ist der 27. Mai als nächster Termin anvisiert. Die Bewerbungsfrist für die Leitung der renommierten Hochschule ist bereits am 16. Dezember abgelaufen. Eine Findungskommission unter dem Vorsitz von Andreas Barner, dem langjährigen Chef des Pharmariesen Boehringer Ingelheim, der seit 2015 Vorsitzender des Universitätsrats der Uni Freiburg ist, hat nach dessen Angaben unter 15 Bewerbern einen Nachfolger für den scheidenden Hans-Jochen Schiewer (64) auswählen können.

Der Germanist Schiewer war 2008 als Nachfolger für den Kurzzeit-Rektor Andreas Voßkuhle nach dessen Wechsel zum Bundesverfassungsgericht gewählt und 2014 im Amt bestätigt worden. Wie man hört, könnte ihm nun eine Frau folgen: die Konstanzer Kollegin Kerstin Kriegelstein.

Schon zum ersten geplanten Termin im März wollte die Findungskommission aus dem großen Bewerberfeld der Wahlversammlung wohl nur einen einzigen Vorschlag präsentieren. „Zum Schutz der Bewerber und aus Respekt vor dem Verfahren ist es selbstverständlich, dass die Findungskommission diese Vertraulichkeit wahrt und keine Auskünfte zu einzelnen

Personen erteilt“, hat Andreas Barner in einer Erklärung betont. Ob die Kandidaten ihre Bewerbung öffentlich machen wollten, sei „ihre persönliche Entscheidung“. Geoutet hatte sich im Februar per Video lediglich der Leiter des Instituts für pharmazeutische Wissenschaften, Andreas Bechthold. Er betonte in dem kurzen Film, er wolle für mehr Transparenz sorgen und sich dafür einsetzen, dass die Uni schnellstmöglich ihren 2012 verlorenen Exzellenzstatus wiedererlangt.

Ob Bechthold oder andere Bewerber aus dem Pool der Uni Freiburg in die engere Auswahl gekommen sind, wird mit Verweis auf die Vertraulichkeit nicht bekanntgegeben. Die Bewerber selber sind offenbar darauf hingewiesen worden, sich öffentlich nicht zu äußern. Nach Informationen unserer Zeitung seien jedoch etliche der ursprünglich zur Kandidatur ermunterte Professoren erst gar nicht zu Gesprächen eingeladen worden, sondern nur externe Bewerber. Der Unmut bei den Betroffenen sei entsprechend groß.

Wen die Findungskommission den 22 Mitgliedern des Uni-Senats und den sechs Vertretern des Uni-Rates am 27. Mai vorschlagen wird, ist ähnlich wie bei Spitzenpolitikern oder Bundesligatrainern nur Gegenstand eines lebhaften „Flurfunks“. Zumal nach einer zweimonatigen



Kerstin Kriegelstein ist Neurowissenschaftlerin, sie kennt Freiburg gut. Foto: Uni Konstanz

Verschiebung der Wahl. An den Universitäten in Freiburg und Konstanz wird hinter vorgehaltener Hand übereinstimmend der Name der Konstanzer Rektorin genannt. Kerstin Kriegelstein (56) steht erst seit 2018 an der Spitze der Hochschule am Bodensee, zuvor war sie vier Jahre Dekanin der medizinischen Fakultät der Universität in Freiburg. Die Neurowissenschaftlerin aus Bayern kennt Freiburg aber bereits seit 2007, als sie dort Professorin für Anatomie wurde. Sie ist verheiratet mit einem Molekularbiologen, der Gastprofessor in Freiburg ist.

Auch Kerstin Kriegelstein äußert sich auf Anfrage unserer Zeitung nicht zu dem Thema. Sie respektiere „die Vertraulichkeit der Gremientätigkeit anderer Universitäten“, ließ sie mitteilen.

Wildtiere

Zweiter Wolf wird sesshaft

Schon seit November 2017 hat sich ein Wolf im Nordschwarzwald etabliert – nun scheint es so, als ob sich ein zweiter Wolf im Südwesten ein Revier eingerichtet hat, dieses Mal im Südschwarzwald rund um den Schluchsee. Das Senckenberg-Institut hat jetzt das Tier identifizieren können, von dem im April zweimal Kot auf der Gemarkung der Gemeinde Schluchsee gefunden worden war. Es handelt sich um den Rüden GW1129m, der aus dem Schneverding Rudel in Niedersachsen in den Süden eingewandert ist.

Dieses Tier ist bereits im November in Grafenhausen, der Nachbargemeinde von Schluchsee, nachgewiesen worden. Die Experten gehen deshalb davon aus, dass sich dieser Wolf dauerhaft dort niedergelassen hat. Nach sechs Monaten, also Ende Mai, gilt das Tier als resident. Dann muss das Land die zweite Zone – neben der im Nordschwarzwald – einrichten, innerhalb derer Nutztierhalter 90 Prozent der Kosten für höhere Zäune erstattet bekommen. Außerhalb dieser „Förderkulisse Wolfsprävention“ gibt es keine Zuschüsse für die Wolfsabwehr, was Verbände und auch Naturschützer heftig kritisieren.

Daneben ist am 17. April im Münstertal nach einem Riss von zwei Ziegen ein dritter Wolf mit der Bezeichnung GW1591m identifiziert worden. Er stammt vermutlich aus den Alpen. Ob er sich noch im Schwarzwald aufhält oder ob er weitergezogen ist, weiß man aber nicht. *fal*